

Die Krippen-Lüge

Plädoyer für großzügiges Betreuungsgeld

1. Verstaatlichung der Kinder
 2. Kärglichkeit des Betreuungsgeldes
 3. Kotau vor Krippenideologie
 4. Mut zum Betreuungsgeld
 5. Schädlichkeit der Krippenbetreuung
 6. Entstellung des Grundgesetzes
 7. Zunahme der Kulturlosigkeit
 8. Ideologiefreiheit der Mutterverehrung
 9. Strafbarkeit der Krippenlüge
 10. Inkompetenz von Journalisten
 11. Kapitalismus statt Familie
 12. Egoismus vor Kindeswohl
 13. Natürliche fortschrittliche Jugend
 14. Scheitern familienfeindlicher Ideologen
- Fazit

Das Betreuungsgeld ist Schwachsinn, meinte zumindest der Soziologieprofessor Stefan Sell in der Talkshow „Günther Jauch“ vom 03.06.2012. Er ließ seinen Gefühlen über den Vertrag der Berliner Regierungskoalition freien Lauf und bezeichnete das Betreuungsgeld als „hanebüchen“ und „sozialpolitische Schweinerei“. Nun hat Moderator Jauch ihn zu fragen versäumt, ob seine Stellungnahme auf wissenschaftliche Untersuchungen zurückzuführen sei. Das liegt wohl daran, dass dieser selbst seine Meinung gegen das Betreuungsgeld recht offen bekannte. Bereits das Thema lautete „Kinderzimmer statt Kita – die Befreiungslüge der Bundesregierung“. Auch zitierte er Verunglimpfungen wie „Herdprämie“, „Mutti-Bonus“ oder „Verdummungsprämie“; zulasten der Krippen fiel ihm allerdings nichts ein. Das gab den Vorgeschmack einer permanenten Diskriminierung der Mutter, die sich ihrem Kind in den ersten drei Lebensjahren widmet. Nach den Gesetzen der Vernunft und der Natur ist es umgekehrt: Die Krippen-Aktivistinnen sind an den Pranger zu stellen, allein schon weil sie durch eine Verletzung des Wahrheitsgebots die Voraussetzungen des Betrugsparagrafen erfüllen und durch den Verstoß gegen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse das Delikt der Körperverletzung begehen (§§ 263 und 223 des Strafgesetzbuchs). Auf ihre Unerbittlichkeit und Häme verdienen die Krippenpropagandisten auch eine deutliche Antwort.

1. Verstaatlichung der Kinder

Es geht in der Tat um eine für unsere Gesellschaft weitreichende Entscheidung. Offenbar streben einige Politiker und Meinungsmacher an, dass ähnlich wie die Schulpflicht nach und nach eine Pflicht zur Abgabe von einjährigen Kindern in die Kita erfolgen soll. Renitente Eltern müssten dann bestraft werden. Immerhin besteht ein Gesetz, wonach der Staat bis zum Sommer 2013 genügend Kita-Plätze schaffen soll. Das erscheint schon aus faktischen Gründen undurchführbar, auch fehlen die finanziellen Ressourcen. Als gerechter Ausgleich soll an daheim Erziehende ein Betreuungsgeld ab 2013 gezahlt werden, und zwar zunächst für Kinder im zweiten Lebensjahr 100 €, ab 2014 150 €, was dann auch für Kinder im dritten Lebensjahr gelten soll. Das Bundeskabinett hat dies am 04.06.2012 vereinbart; über die Gesetzesvorlage muss der Bundestag noch abstimmen. Am 28.06.2012 erfolgte die erste Lesung. Es besteht keine Zustimmungspflicht des Bundesrats. Eigentlich war am 18. Oktober die dritte Lesung vom Parlament vorgesehen; spätestens soll sie nun Anfang November erfolgen. Gedacht ist übrigens an eine „Paket-Lösung“, nämlich eine Kombination mit der Abschaffung der Praxisgebühr; außerdem steht zur Debatte eine Besserstellung von Müttern bei der gesetzlichen Rentenversicherung.

Das bedeutet, dass ab August 2013 ein Rechtsanspruch für Eltern auf einen Kita-Platz für Kinder unter 3 Jahren besteht. Der Staat ist verpflichtet, für die finanziellen Mittel zu sorgen, dass genügend perfekt ausgestattete Einrichtungen bestehen und ausreichend qualifiziertes Personal

vorhanden ist. In der ersten Oktoberhälfte 2012 fehlen mindestens noch 130.000, nach Berechnungen der Industrie- und Handelskammer mehr als 260.000 Kita-Plätze. Darüber hinaus mangelt es deutlich an der nötigen Anzahl von Erziehern, erst recht von qualifizierten. Die Verantwortlichen sind zwar eifrig bemüht, das Personalproblem zu lösen, das ist bislang aber nicht gelungen. So sollten entlassene Mitarbeiter der insolventen Firma Schlecker umgeschult werden, die Vorstellungen haben sich nicht erfüllt. Ähnlich steht es um die Bemühungen um talentierte Erzieher aus dem Ausland; Erfolg wurde diesen Intentionen bisher versagt. Auch Ideen, mehr Männer in die Kitas zu integrieren, haben nicht das gewünschte Ergebnis erzielt. Konsequenterweise bemühen sich Kirchen und andere christliche Organisationen um eine Kompensation: Wenn § 5 des Sozialgesetzbuchs VIII ein Wahlrecht der Eltern vorsieht, so ist bei über 60 % Kirchenmitgliedern der Gedanke an eine christliche Einrichtung durchaus systemimmanent. Das bietet gar Chancen, ein wenig der umgreifenden Entchristlichung entgegenzuwirken (idea-Spektrum 40/2012).

2. Kärglichkeit des Betreuungsgelds

Interessant ist aus der „Jauch“-Sendung noch Folgendes: Für ein Betreuungsgeld kämpfte immerhin Christa Müller („Die Linken“), die im Hinblick auf die Kosten für einen Kita-Platz von monatlich ca. 1.000 € Entsprechendes auch für die Mütter daheim forderte, um eine wirkliche Wahlfreiheit zu haben. Professor Sell spürte bei ihr „kein erotisches Verhältnis zur Logik“ und bekannte, dass er durch ihre Argumente „die Krise bekommt“. Begeistert von der Krippe für 1-3-Jährige bekannte er, dass er als Vater trotz Kita-Besuchs bei einem Tag von 24 Stunden immer noch 19 – 20 Stunden (!) mit seinem Kind zusammen sei! Ihm leuchte nicht ein, den Müttern „nur Geld hinterher zu schmeißen“.

Immerhin räumt er ein, dass die skandinavischen Länder Betreuungsgeld von durchschnittlich 450 € an selbst erziehende Mütter zahlen, womit er indirekt Frau Müller bestätigte. Diese sprach noch von einer Studie über Kita-Kinder, welche in doppelter Weise benachteiligt seien. Die obendrein anwesenden Manuela Schwesig (SPD) und Generalsekretär Dobrindt (CSU) sowie die ARD-Journalisten Gabi Bauer hatten sich insoweit argumentativ eher zurückhaltend geäußert, wobei erstere mit der „neuen SPD-Bunderegierung“ das Betreuungsgeld wieder abschaffen und letztere das gesamte Betreuungsgeld in die Kitas stecken wollte; der Bayer kämpfte vehement für die Wahlfreiheit.

Natürlich ließe sich auch eine Regelung finden mit der Folge, dass von dem Betreuungsgeld abgesehen werden könnte. Gesetzesgemäß wäre dies aber nur, wenn auf die Einrichtung von Kitas für unter 3-Jährige verzichtet würde. Durch den Totalverzicht auf Krippen und Betreuungsgeld ließe sich viel Geld sparen. Für die Krippen war ursprünglich an Kosten von jährlich 3 Milliarden Euro gedacht, man wird wohl wenigstens mit dem Vierfachen rechnen müssen. Adäquat wäre es, dann auch das Betreuungsgeld drastisch zu erhöhen, durchaus auf ca. 1000 € monatlich. Daraus erhellt, dass letztlich Krippen und Betreuungsgeld in den Bereich des Luxus einzuordnen sind.

Es gibt ein ganz anderes Problem, das wirklich höchst akut ist, nämlich den Pflegenotstand. Denkt man an den zuvor erwähnte Doppelverzicht, so wäre es sinnvoll, wenn das Geld zur Bewältigung dieses Mangels verwendet würde: So könnten anstelle von Erziehern für Kitas Pflegekräfte ausgebildet werden. Man halte sich nur vor Augen, was derzeit in Pflegeheimen geschieht, wenn man der „Kulturzeit“ vom 10.10.2012 (3sat) glaubt: 14.000 Senioren werden ohne Zustimmung an Bett oder Rollstuhl gefesselt; 40.000 bleiben mangels Personals immer

wieder einmal ohne Essen und Trinken; 240.000 Demenzkranke werden mit Psychopharmaka ruhig gestellt, dabei teilweise sogar ohne ärztliche Anordnung. Die Rede ist von einer „Katastrophe“, die Buchautorin Dowedeit plädiert für ein „Fukushima“ im Pflegedienst, um endlich aufzuwachen, ja mittels gut bezahlten Personals und optimaler Einrichtungen das Unglück abzuwehren.

3. Kotau vor Krippenideologie

Aufschlussreich aus der Talk-Show mit Günther Jauch sind überraschend kluge Sätze des Sozialwissenschaftlers Sell, welche allerdings eher gegen die Kitas sprechen: „Befürworten einer guten Kleinkindbetreuung, kein Kid als Versuchskaninchen“ in Kita, Einhaltung der Standards moderner Frühpädagogik, Verhinderung der „Kindeswohlgefährdung sowie Notwendigkeit von Qualitätsstandards“ für die Mitarbeiter. Er spürte wohl, dass die Krippen den wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht genügten, wagte aber nicht die Schlussfolgerung, dass die Kinder bei den Müttern und Vätern besser aufgehoben seien. Mit seinem Schlusswort versuchte Günther Jauch den von ihm geladenen Meister der Gefühle zu unterstützen, er habe gerade eine Info erhalten, wonach Eltern sich zu 70 % für die Krippen ausgesprochen hätten, ohne die Hintergründe aufzuzeigen: Die Beeinflussung der „öffentlichen Meinung“ durch die über die Medien „veröffentlichte Meinung“.

Das war auch Thema in der hitzigen Bundestagsdebatte vom 28. Juni 2012. Beide Seiten warfen sich vor, von Ideologien bestimmt zu sein. Dies wird in perverser Weise von Medien und Politikern auch dem Christentum unterstellt, und zwar eindeutig gegen unsere Verfassung (siehe Präambel, z.B. Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 140 GG). Von einer „Krippenideologie“ zu reden, ist durchaus korrekt, zumal man in den Neuen Bundesländern immer noch stolz auf die sozialistische Errungenschaft, nämlich die größte Dichte an Kita-Plätzen für unter 3-Jährige ist. Vier Merkmale kennzeichnen die Ideologie: a) eine radikale, organisierte Weltanschauung mit universalem Herrschaftsanspruch, b) das Anstreben von Fernzielen, die in einer künftigen idealen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden sollen, c) eine Strategie, die Gewaltbereitschaft nicht vollkommen ausschließt und d) eine flexible Taktik zur Beeinflussung von Menschen und Strukturen mit zunächst unauffälligen Detailzielen.

Es mag sein, dass nach Umfragen noch die Mehrheit der Deutschen derzeit für Krippen plädiert, es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass es hier um die „veröffentlichte Meinung“, also die Indoktrination durch Medien und Politiker geht! Bei ausgewogener und fairer Befragung wünscht die Bevölkerung eine eindeutige Privilegierung der Mutter in Wort und Tat. Es schmerzt nicht wenige Mütter, in den für die Entwicklung des Menschen nachhaltigsten Lebensjahren die Kinder in fremde Hände zu geben. Das belegt eine internationale Studie: 61 % der Mütter würden sich in den ersten drei Lebensjahren gern ganz ihren Kindern widmen, wenn sie könnten. „Politik und Medien geben also wirklichkeitsfremde Stellungnahmen ab, wenn sie so tun, als ob die Mehrheit der Mütter ihre Kleinkinder möglichst schnell in eine Kita abschieben will, weil sie ihren Beruf so liebt“ (so der Akademische Oberrat an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe Siegfried Bäuerle, idea-Spektrum 42/2012). Hält man sich dieses völlig übereilte Vorgehen der staatlichen Stellen vor Augen, so kann man nur der Ministerin Schröder beipflichten, dass mit dem Daheimbleiben der Kinder bei den Eltern die Probleme gelöst wären; wenn schon Krippen, dann aber auch großzügiges Betreuungsgeld!

Dieser ideologisch geprägte Drang zu einer „Verstaatlichung der Kinder“ sollte durch Erfahrungen im September 2012 gebremst werden: Dass 11.000 Kinder durch die Schulspeisung er-

kranken, ist zwangsläufiger Ausfluss der Vertreibung der Kinder aus den Elternhäusern. Es ist doch noch nicht lange her, dass spätestens um 13 Uhr die Schule beendet war. Jetzt müssen die Kinder „nachsitzen“ und sollen die von der Schule gebotene Mahlzeit einnehmen. Sicherlich lässt sich nicht vollständig ausschließen, dass auch mehr als 10.000 Schüler zuhause an Noroviren erkranken können, doch ist die Wahrscheinlichkeit durch Massenspeisung erheblich höher. Wenn es dann heißt, dass nur 10 % der Schüler das Angebot annehmen, weil das Essen ihnen „nicht schmeckt“ oder den Eltern zu teuer erscheint, dann muss das doch Gründe haben, welche mit Sicherheit nicht nur in mangelnder Qualität des Gebotenen liegen. Schon deshalb wird man kaum sagen können, dass sich die Fortsetzung der Krippenbetreuung, etwa in Ganztagschulen, bislang bewährt hat. Allein diese Fakten sprechen für eine Aufwertung der Mutterschaft und eine Betreuung der Kinder daheim.

4. Mut zum Betreuungsgeld

Der kritische Beobachter der Talk-Show wird erinnert an ein Wort des weltweit verehrten Friedrich Hölderlin: „Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, dass ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte“. Das hat die Regierungskoalition durchaus ernst genommen und die Einigung über das Betreuungsgeld manifestiert. Sie hat sich nicht von einflussreichen Journalisten wie Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ treiben lassen, der die CDU Mitte Mai kritisiert hatte, weil sie „den Frauen Herdprämien zahlt“. Die Berliner Politiker haben gemäß ihrer Ministerin Christina Schröder selbstbewusst entschieden und sich nicht gekümmert um Diffamierungen wie die des „Spiegel“ („Feindin aller Frauen“) oder von „Bild“, das ihnen den „Aktivposten“ bestritt. Ähnliches gilt für die Miturheberin des Betreuungsgeldes, die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer. Sie wendet sich gegen die Forderung vermeintlicher Bildungsexperten nach mehr frühkindlicher Förderung durch staatliche Institutionen mit der Begründung: „In den ersten drei Lebensjahren ist aber verlässliche Bindung die beste Bildungsinvestition, denn: Ohne Bindung keine Bildung“ (sh:z vom 21.06.2012).

Auch Oppositionspolitiker, welche ihr Gleichgewicht verloren haben, waren machtlos: Forderung der Absetzung der Bundesfamilienministerin seitens der Grünen und Beschimpfungen als reaktionäre Kulturkämpferin durch deren Vorsitzende Claudia Roth, Diskreditierung durch Thomas Oppermann (SPD) wegen vermeintlich falscher Bildungspolitik oder angebliche Verfassungswidrigkeit laut Bundesjustizministerin Leuthäuser-Schnarrenberger (FDP). Selbstverständlich ist, dass der Staat eingreifen muss, wenn Familien zerstört oder Kinder sonstwie gefährdet sind, um den Kindern wenigstens die zweitklassige Betreuung zu gewähren: Auf keinen Fall dürfen die Eltern einem Generalverdacht ausgeliefert werden. Für diese ist kaum nachvollziehbar, dass so viele Politiker und Journalisten derart vehement für die Krippen kämpfen. Man erinnere nur an das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das sich so gut wie nie für das Betreuungsgeld eingesetzt, geschweige denn die Krippenlösung in Frage gestellt hat. So war der gesellschaftskritischen Sendung „Frontal 21“ vom 09.10.2012 (ZDF) eine scharfe Kritik an den Verantwortlichen zu entnehmen, und zwar keinesfalls wegen der Krippenidee, sondern wegen der Hoffnungslosigkeit, die Voraussetzungen für die Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz für unter 3-Jährige rechtzeitig zu schaffen. Auffällig war eben der Tenor ausschließlich „pro Kita“ und damit zwangsläufig „contra Betreuungsgeld“.

Dabei bot sich eine Vielzahl von Möglichkeiten zu konstruktiver Kritik an: etwa Demografieproblem, dabei das Abtreibungsrecht mit den Folgewirkungen psychischer Art zulasten der betroffenen Frau, oder drastische Aufstockung des Betreuungsgelds auf 1000 €, ferner das Infrastrukturalien der Verelendungspropaganda zulasten nicht akademischer Familien, wobei eben nicht

von einem schlimmen Fall sofort eine dilettantische Hochrechnung erfolgt. Nur nebenbei: Rein statistisch geht man davon aus, dass vielleicht 5 % bis 10 % der Kinder in Deutschland aus sozial schwierigen Elternhäusern in einer Kindertagesstätte betreut werden sollen, worauf die vom Bundestag geladene Sachverständige Birgit Kelle hingewiesen hat. Auch der oben aufgeführte Gedanke der Unterstützung im Bereich Altenpflege an die Stelle der staatlichen Kindererziehung ist diskussionswürdig. Dabei ist die Erziehung daheim doch prinzipiell wohltuend, fördert die Anerkennung der Mütter und Väter, wobei ein angemessenes Betreuungsgeld sehr hilfreich sein wird. So etwas ist aber kaum diskursfähig. Trost gab es von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die den Kritikern vorwarf, völlig auf die Linie des DDR-Systems einzuschwenken.

5. Schädlichkeit der Krippenbetreuung

Dieses deutschlandweit verbreitete Tageblatt zeigt mutig, was vernünftig ist und dem wissenschaftlichen Stand von heute entspricht. In der Ausgabe vom 04.04.2012 heißt es in dem Artikel „Die dunkle Seite der Kindheit“, dass Kleinkinder durch außerfamiliäre Betreuungsplätze dauerhaftem Stress ausgesetzt werden und die Betroffenen die Folgen lebenslang spüren. Rainer Böhm gibt als Kinder- und Jugendarzt einen Abriss über die neuesten psychologischen, medizinischen und anthropologischen Forschungsergebnisse und wirft den politischen Entscheidungsträgern schwerwiegende Versäumnisse im Kontext mit dem Ausbau der Kindertagesstätten für unter 3-Jährige vor. Der Jurist wird an die Strafbarkeit der Körperverletzung nach § 223 StGB erinnert, die die Schädigung der Gesundheit einschließt. Begriffe aus der Rechtsprechung wie „körperliche Unversehrtheit“, „seelisches Wohlbefinden“ oder „dauerhafte Infektiosität“ werden hier sehr aktuell. Hinzu kommt eine weitere psychische Komponente: In Kitas werden die Kinder durch offizielle Erziehungsleitfäden bereits heute dazu verleitet, sexuelle Handlungen an sich selbst oder anderen Kindern vorzunehmen. Darauf verweist vor allem Gabriele Kuby in ihrem neuen Buch „Die globale sexuelle Revolution“.

Böhm verweist auf die negativen Erfahrungen in den USA ab den 80er Jahren und zeigt den Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf. So hatte der Entwicklungspsychologe Thomas Achenbach von der Universität Vermont nach Untersuchungen an mehr als 3000 Schülern einen deutlichen Rückgang sozio-emotionaler Kompetenzen festgestellt. Im Vergleich zu den 70er Jahren seien amerikanische Kinder 15 Jahre später „verschlossener, mürrischer, unglücklich, ängstlicher, depressiver, aufbrausender, unkonzentrierter, fahriger, aggressiver und wurden häufiger straffällig“. Sie hätten bei 42 Verhaltensindikatoren schlechtere Ergebnisse gezeigt, bei keinem Kriterium besser abgeschnitten. Es kam zu der Großstudie unter der Regie des renommierten National-Institut of Child Health and Development (NICHD): Eine Gruppe weltweit führender Spezialisten für frühkindliche Entwicklung untersuchte Anfang der 90er Jahre 1300 Kinder, beginnend im Alter von einem Monat. Mehr als 300 wissenschaftliche Publikationen werteten den einzigartigen Datensatz aus. Die Betreuung außerhalb der Familie berge erhebliche Risiken für das Bindungsmuster zwischen Mutter und Kind, u. a. später an einer psychischen Störung zu erkranken. Selbst hohe Betreuungsqualität führe nur zu etwas besseren kognitiven Leistungen.

Schlimm seien die Kita-Folgen wie dissoziales Verhalten, Streiten, Kämpfen, Sachbeschädigungen, Prahlen, Lügen, Schikanieren, Gemeinheiten, Grausamkeit, Ungehorsam oder Schreien. Später konnten bei den inzwischen 15 Jahre alten Jugendlichen signifikante Auffälligkeiten festgestellt werden, u. a. Tabak- und Alkoholkonsum, Rauschgiftgebrauch, Diebstahl und Vandalismus. Kinder, welche sehr gute Einrichtungen besuchten, verhielten sich fast ebenso auffäl-

lig wie solche aus Krippen minderer Qualität. Entscheidend ist, dass das Erziehungsverhalten der Eltern einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Entwicklung ausübt als die Betreuungseinrichtungen. Mittels neuer Technik konnten die Wissenschaftler das Tagesprofil des wichtigsten Stresshormons Cortisol bestimmen. Entgegen dem normalen Verlauf im Kreise der Familie stieg die Ausschüttung während der ganztägigen Betreuung im Verlauf des Tages an – ein klares Zeichen einer erheblichen und chronischen Stressbelastung. Ähnliches wurde in den Niederlanden und Rumänien erkannt. Beängstigend sind Langzeitfolgen wie Depression bis zum Suizid. Chronische Stressbelastungen beeinträchtigen eben die Entwicklung des Gehirns. In dem FAZ-Artikel wird vor der deutschen Krippenoffensive gewarnt und die publizistische Lobbyarbeit von Wirtschaftsverbänden kritisiert, was auch für die Bertelsmann-Stiftung gilt. In ähnlicher Weise führt der erwähnte Experte Siegfried Bäuerle eine Vielzahl von Negativfolgen der staatlichen Erziehung der unter 3-Jährigen in seinem Artikel auf. Dabei verweist er besonders auf die Zunahme krippenbedingter Erkrankungen und späterer krimineller Neigung der Betroffenen.

6. Entstellung des Grundgesetzes

So etwas hätte man eigentlich von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hören wollen; im Gegenteil haben diese sich auf die Seite der Opposition gestellt. Damit haben sie sich zugunsten der Krippe dem politischen und auch medialen – es wird fast juristisch – Desinformationskartell angeschlossen. Man erinnere nur an den Verriss des Buchs der Familienministerin Kristina Schröder (mit Caroline Waldeck) „Danke, emanzipiert sind wir selber“. So hat die von ARD und ZDF gesteuerte „Kulturzeit“ (3sat) mit Wut auf das Werk reagiert, und zwar unter Einbeziehung der Feministinnen Mika und Schwarzer. Unerträglich ist den Medien, die nach dem Rundfunkstaatsvertrag die Kultur fördern sollen, etwa Lob über die fürsorgliche und bis zur Selbstopferung selbstlose Mutter. Sie ziehen vor Schmähungen wie „Heimchen am Herd“ oder Obsoleszenz im Sinne überholter Vorstellungen. Die Mutterstellung gehört auch zum Schutzbereich der grundsätzlichen Verfassungsvorschrift, die das Elternrecht beinhaltet, also die Sorge für das körperliche Wohl und für seelische und geistige Entwicklung des Kindes. Nach Artikel 6 des Grundgesetzes sind Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern. Den Kindern erwächst daraus ein Anspruch auf Pflege, Erziehung und Beaufsichtigung durch die Eltern, wie das Bundesverfassungsgericht deutlich herausgestrichen hat. In Verbindung damit steht Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes, nämlich das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Nun darf nicht übersehen werden, dass in der Sachverständigenanhörung über das Betreuungsgeld vom 14.09.2012 im Bundestag Bedenken artikuliert worden waren, dass das Betreuungsgeld möglicherweise gegen unsere Verfassung verstoßen könnte. Das meinten die Professoren Sacksofsky und Wieland, während Professor Kluth keine Probleme im Kontext mit dem Grundgesetz sah. Die Begründung der besorgten Verfassungspatrioten kann allerdings nicht überzeugen: Der Staat dürfe keine Kompensation an seine Bürger zahlen, wenn diese eine staatliche Einrichtung für ihre Kinder nicht in Anspruch nähmen, weil die staatlichen Kitas für die Eltern nicht kostenfrei seien. Ist das wirklich eine argumentative Untermauerung? Kluth verwies darauf, dass die Gebühren für einen Kita-Platz weit unterhalb der wirklichen Kosten liegen würden und durch das Betreuungsgeld eine Rechtslage herbeigeführt werde, in der auch die Eltern finanziell durch den Staat unterstützt werden, welche ihre Kinder persönlich betreuen, wie es ja jenen zugute kommt, die ihre Kinder in die Kita bringen. Somit wirkt der Gedanke der Verfassungswidrigkeit als recht weit hergeholt. Wesentlich wichtiger ist der Gedanke der Gesundheit der Kinder, damit die Berücksichtigung von Artikel 2 Grundgesetz; der erwähnte

Dr. Rainer Böhm, Leitender Arzt am Sozialpädiatrischen Zentrum in Bielefeld, verwies deutlich auf die erhöhten Stressfaktoren zulasten der Kleinkinder in Krippen und Kitas und das noch in späteren Jahren erhöhte Aggressionspotenzial.

Dabei ist selbstverständlich nicht außer Acht zu lassen, dass Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes den Staat auffordert, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung gerade der Frau zu fördern. Gewiss ist der Ansatz, die Institution der Krippen zu fördern, insoweit nachvollziehbar. Bei einer Abwägung des Pro und Contra steht aber das Kindeswohl im Vordergrund. Das hat zur Folge, dass der grundsätzlich plausible Gedanke der weiblichen Selbstverwirklichung notfalls zurückzustehen hat, nämlich dass das verständliche Ziel der Frauenintegration in den Arbeitsmarkt nicht umfassend realisiert werden kann – was einzusehen gerade der FDP sehr schwer fällt! Es ist für ideologisierte Frauenrechtlerinnen und Alt-68er unerträglich, dass die jüngste Ministerin Klartext über echte Freiheit für Frauen zu artikulieren wagt. Der Gedanke, dass etwa Erziehung in Kita oder zuhause gleichwertig finanziell unterstützt werden könnten, gilt als Tabubruch. Heute zählt als „moderne Familienpolitik“ nur die Einrichtung von Krippen, also eine möglichst weitgehende staatlich kontrollierte Erziehung der Kinder; das ist keinesfalls modern, allenfalls modisch, letztlich überholt.

Zukunftsweisend ist die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder mit ihren Worten im Magazin „Nido“ (24.08.2012): „Warum soll der Staat nicht alle Familien mit ihren jeweils unterschiedlichen Präferenzen hinsichtlich Kinderbetreuung unterstützen, so dass jeder wählen kann zwischen einer Sachleistung, also einem Kita-Platz, oder einer Barleistung? Ich finde das Prinzip total freiheitlich“. Erstaunlicherweise empfindet die FDP dies weitgehend nicht und ist keinesfalls glücklich über die geschlossene Vereinbarung mit den Unions-Parteien über das Betreuungsgeld. Sie muss sich wie auch einige Krippen-Freunde in der CDU vor Augen halten: „Konservatismus ist die Vernichtung von Ideologie“ (Philosoph Kirk). Auch wenn die Medien ganz überwiegend mit dem linken Spektrum sympathisieren, auch wenn die Unions-Parteien sich in diese Richtung bewegen, so gibt es eine Fülle von Beispielen dafür, dass bürgerliches Denken, gerade im Kontext mit der christlich-abendländischen Kultur, sich bewährt hat. Denn Ziel der Ideologie ist, Menschen von ihren Bindungen abzutrennen, also auch die Mutterbindung zu reduzieren. Wenn Derartiges sich bereits eingebürgert hat, kommt es insoweit zu einer Verhärtung mit der Folge, dass es nicht einfach ist, die Gesellschaft wieder zu verändern. Die Regierung soll aber den Mut nicht verlieren. Es gibt Hoffnung: Derzeit werden die Kritiker der Krippen und Befürworter des Betreuungsgelds verlacht, ja bereits bekämpft, nach einer gewissen Zeit wird diese Förderung der Mutterposition von allen als selbstverständlich empfunden werden (so sinngemäß der Philosoph Schopenhauer).

7. Zunahme der Kulturlosigkeit

Der Verfasser hat sich mit dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen auseinandergesetzt, z. B. in seinem Buch „Macht statt Geist“ (S. 13 ff, sdv-Verlag), und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass deren kultureller Abstieg geradezu augenscheinlich ist. Erschreckend ist, dass in den Publikationsorganen, gerade in den öffentlich-rechtlichen, kaum über die wirklichen Fragen des Problems Kindertagesstätte/Betreuungsgeld ergebnisoffen diskutiert wird. Das gilt auch für die erwähnte „Jauch“-Show (ARD) und das kritisierte Magazin „Frontal 21“ (ZDF). So gut wie nie nimmt man etwas zur Kenntnis von der Kindes- und Hirnforschung, welche auf die Schäden durch Fremdbetreuung der Kinder unter drei Jahren deutlich aufmerksam gemacht hat, etwa auf Verhaltensauffälligkeiten. Dazu gibt es – wie über die FAZ oben dargestellt – mehrere Langzeitstudien, welche immer nachweisen, wie Kleinkinder gefährdend die Krippenerziehung

ist. Der Verfasser hat in seinem Buch „Mehr Mut zum C in der Politik“ (S. 65-74, sdv-Verlag) darauf hingewiesen. So ist zu erinnern an die Erkenntnisse des Heidelberger Präventionsmediziners Prof. Ronald Grossarth-Maticke: für einen Menschen gebe es nichts Besseres als eine ununterbrochene Mutter-Kind-Beziehung in den ersten Lebensjahren. Von 10.000 Kindern, die diese gesunde Beziehung erleben durften, würden später nur 48 rauchen, 34 alkoholsüchtig sein, 13 vor dem 60sten Lebensjahr an Krebs erkranken. Würde die Beziehung zur Mutter hingegen unterbrochen, so sah es ganz anders aus: von 1000 Kindern würden dann 330 Raucher, 212 alkoholsüchtig und 117 vor dem 60sten Lebensjahr krebserkrankt (S. 69).

Man mag über die Forschungsergebnisse streiten. Für den Juristen gibt es insoweit keine Probleme, da im Zweifel ja die Jahrtausende alte Weltkultur Maßstab bleibt, nach welcher sich die Mutterbindung der Kleinkinder voll bewährt hat. Das Christentum, welches das Abendland ca. 2000 Jahre bestimmt hat, lehnt eine Fremdbetreuung von Kleinkindern ab, weil dies nicht Gottes Schöpfungsmodell für das Heranwachsen entspricht. Zu Recht wird in fast allen Völkern der Mutter eine besondere Geltung zugestanden. In der deutschen Geschichte gibt es positive Beispiele wie die Einführung des Muttertags, der Mütterberatung, des Müttergenesungswerks oder des Mutterschutzes (Kündigungsvorschriften, Beschäftigungsverbote oder Mutterschaftsgeld). Wir kennen die „Muttersprache“, welche gerade die enge Bindung zwischen Mutter und Kind signalisiert.

Abzulehnen ist eine Mythisierung der Mutter, was vor allem die Nationalsozialisten betrieben haben, etwa zwecks „Produktion“ von Soldaten. In diese Richtung bewegte sich die SS-Organisation „Lebensborn e.V.“. Nach Auffassung des Historikers Thomas Bryant handelt es sich dabei nur um eine Randerscheinung. Im Blick auf die Förderung von Mutterschaft und Kinderzahl zwischen 1933 und 1945 in Deutschland wird der Nachwuchsgedanke zumindest seit der 68er Studentenbewegung hintangesetzt. Das ist verständlich, gerade wenn man die Rede von Ex-Bundespräsident von Weizsäcker 1985 oder jüngste Äußerungen von Altkanzler Schmidt und SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück zur Kenntnis nimmt, um sich die Orientierung an den Gräueltaten des Dritten Reichs ständig vor Augen zu halten. Die Mutterschaft hat an Würde verloren, weil Kriminelle sie missbraucht haben. Insoweit ist es gewiss nicht schändlich, wenn man – gerade im Blick auf das demografische Problem – den Gedanken erst gar nicht aufkommen lässt, nach Auschwitz dürften Mütter nicht mehr gebären.

8. Ideologiefreiheit der Mutterverehrung

Hatte vielleicht der griechische Philosoph Platon vor bald 2500 Jahren Recht mit seinem Höhlengleichnis, nach welchem das Licht der Wahrheit für uns Alltagsmenschen nicht erkennbar ist, wir Gefesselte sind? Diese Auffassung vertritt zumindest der Bestsellerautor und Psychiater Manfred Lütz in seinem neuen Buch „Bluff! Die Fälschung der Welt“. Er meint, dass wir Fälschungen mögen, weil sie Bequemlichkeit versprechen; übrigens kenne er die Täuschunganfälligkeit von Schizophrenen, Depressiven und Drogensüchtigen. Das klingt – übertragen auf die Krippentäuschung – nicht gerade schmeichelhaft. Die Kindertagesstätte sollte nach dem heutigen wissenschaftlichen Standard allenfalls für Kinder ab drei bis vier Jahren zur Verfügung stehen – von Ausnahmen abgesehen, etwa bei Alleinerziehenden als Notwendigkeit. Die Publikationsorgane fordern geradezu massenhaft ganz offen die Regierung zum Rechtsbruch auf, nämlich zur Ignoranz des Koalitionsvertrags, der im November 2011 erneut bestätigt worden ist.

Dadurch wird unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse die Faktenresistenz der Krippenideologen und Betreuungsgeldgegner immer evidenter. Man übersieht weitgehend, dass bei den Kita-Befürwortern kaum noch das Wohl der Kinder im Zentrum steht. Überforderung von Krippenkindern durch frühe und lang andauernde Trennung von den Eltern ist offensichtlich („Zeitspiegel“ Nr. 253). Vernünftigerweise sollte man über großzügige Geldzuwendungen zugunsten der Kinder nachdenken, auch wenn der Staat zweifellos insoweit als knauserig angesehen werden kann. Hält man sich die sinkende Geburtenrate vor Augen, so drängt sich der Gedanke auf, eine Grundsicherung für Kinder zu schaffen, welche über das Betreuungsgeld weit hinausgeht. Darauf verweist der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Günter Stock. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass seit 40 Jahren die Geburten nicht mehr ausreichen, um die Elterngeneration zahlenmäßig zu ersetzen. Insgesamt bräuchten Paare zur Förderung ihrer Entscheidung für Kinder die Möglichkeit zur Wahl zwischen Geld, Infrastruktur und Zeit (sh:z 16.10.2012).

Es tut in der Tat wohl, wenn Journalisten – was nicht immer festzustellen ist – die Nachhaltigkeit ihres Tuns im Auge behalten, bei Politikern ist dies noch dringlicher. Die Sozialdemokraten können sich immer noch nicht ganz von alten Vorbildern, etwa der marxistischen Ideologie, lösen; dies bestätigte Ministerpräsidentin von Nordrheinwestfalen Hannelore Kraft: Sie hatte im Wahlkampf vom Mai 2012 faktisch mit der Verstaatlichung der Kindererziehung geworben und sich damit den alles andere als positiven Erfahrungen im ehemaligen DDR-Regime angeschlossen. Erich Honecker könnte sich ins Fäustchen lachen mit der Feststellung, das von ihm regierte Ostdeutschland habe letztlich doch gegenüber dem Westen gesiegt. Der ehemalige CDU-Minister Norbert Blüm spottet über die „Erziehungsfahnder“ und das Faktum, dass unser Nachwuchs praktisch rund um die Uhr fremdbestimmt verplant werde. Natürlich kann man auch den Unionsparteien vorwerfen, dass sie nicht gerade erfinderisch sind, um Sinn und Zweck des Betreuungsgeldes den Bürgern zu erläutern. Die Kritik, dass normalerweise der Staat Geld verteilt, wenn er damit etwas erreichen will, möglichst eine Verbesserung des Gemeinwesens, ist nachvollziehbar; umso wichtiger ist es, das Betreuungsgeld argumentativ zu untermauern. Dazu finden sich in dieser Abhandlung genügend Gründe.

9. Strafbarkeit der Krippenlüge

Es mag nicht ganz einfach sein, den Sinn und Zweck des Betreuungsgeldes zu erläutern, allerdings ist dies um ein Vielfaches schwieriger für die frühkindliche Krippenerziehung, weil man dabei über die Hürde „Wahrheit“ springen muss. Die Kita-Hype ist Ausfluss der Gender-Ideologie. Diese aber ist allemal verfassungswidrig, wie der Verfasser dieses Artikels nachgewiesen hat (so in dem Buch „Schlagseite – MannFrau kontrovers“ S. 183 ff, Klotz-Verlag). Es ist zu hoffen, dass die Gender-Theorie sich selbst bald weltweit aufgibt, nachdem Ansätze im Pionierstaat Norwegen bereits erfolgt sind. Nach dem humoristischen Feldzug des Fernsehkomikers Harald Eia hatte die norwegische Regierung das Nordic Gender-Institute in Oslo – Jahresetat 56 Millionen Euro – zumindest vorübergehend geschlossen. Der Spaßvogel hat erreicht, dass feige norwegische Soziologen einräumen mussten, dass sie die Wahrheit über die Gender-Lüge (soziales Geschlecht anstelle des natürlichen biologischen) verschwiegen haben.

Eine der Hauptaktivisten, die amerikanische Literaturwissenschaftlerin Judith Butler, welche im Sommer 2012 den Adorno-Preis erhalten hat, bekannte gegenüber der Kritik, sie sei zutiefst verletzt. Elke Schmitter hat im „Spiegel“ (38/2012) zu Recht die Denkfähigkeit der Preisträgerin in Frage gestellt und ihr „Unschärfe“ vorgeworfen. Das Verwerfliche der Gender- und Krippenideologen sind nicht so sehr lose lügnerische Behauptungen, sondern Entstellungen, Unter-

drückungen und Unterlassungen, die der genannte § 263 StGB umfasst. Zwar ist von vornherein klar, dass die Zusicherungen, ab August 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für unter 3-Jährige zu gewähren, nicht einzuhalten war, da es an sachlichen und personalen Mitteln fehlte. Darauf hätten aber Politiker und Medien in redlicher Weise hinweisen müssen. Gerade die Regierungsverantwortlichen haben es trotz ihrer Offenbarungspflichten unterlassen, das Volk umfassend aufzuklären. Das ist in Bezug auf die Krippen ihnen allemal zumutbar, da – wie gesagt – die Diskussion in den USA schon 30 Jahre alt ist. Der von der Strafvorschrift für die Strafbarkeit verlangte Schaden ist nach den US-Erkenntnissen vielfach eingetreten, gerade weil psychisch Geschädigte auch in Bezug auf wirtschaftliche Verluste gefährdet sind. Nun gilt das Wahrhaftigkeitsgebot nicht nur für die Krippenpropaganda, sondern auch die überstürzte Zusicherung des Rechtsanspruchs trotz offensichtlich fehlender Kita-Plätze und Erzieher; diese Eile sieht so aus, als ob die Ideologen große Angst davor haben, rechtzeitig ihres Fehlverhaltens überführt zu werden.

Der Staat macht fleißig mit bei der Auflösung der christlich-abendländischen Kultur und vergisst die Weisheit seiner Denker, etwa die berühmte Bemerkung von Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, womit der Verfassungsrechtler unzweideutig die christlich-abendländische Tradition meint („Recht, Staat, Freiheit“, Frankfurt, 1992 S. 112). Dazu gehört auch ein Gedanke, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist: Wenn jemand eine neue, und zwar unbewiesene oder allenfalls ansatzweise plausible Idee bringt, dann muss er nach unserem kulturellen Verständnis den Nachweis dafür erbringen, dass diese besser als die bisherige Handhabung ist. Heute ist es umgekehrt: Wer eine abwegige Novität bringt, gilt als höchst kreativ und nimmt sich das Recht zu einer Beweislastumkehr, nämlich dass das Konservative ihn zu widerlegen habe. Damit wird nicht nur unser Rechtssystem, sondern auch eine große Errungenschaft der Geisteswissenschaft beseitigt. Erschreckend ist, dass sich die verantwortlichen Politiker – durchaus von den Medien ermuntert – bei ihren übereilten Entscheidungen zugunsten der Krippen nicht von der Wissenschaft, sondern vom Bauchgefühl, vielleicht noch modischen Soziologen, haben leiten lassen.

10. Inkompetenz von Journalisten

Den Leitmedien ist oft die eigene Ideologie wichtiger als die Einhaltung von geschlossenen Verträgen. Dies entspricht den Erfahrungen mit dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen – gerade in Bezug auf den Rundfunkstaatsvertrag. Diese Publikationsorgane haben außer ihren Behauptungen über den vermeintlichen „Fortschritt“ keine allgemeingültigen Argumente gegen das Betreuungsgeld. Der Generalverdacht der Verschwendung dieser Gelder durch die Eltern ist diskriminierend. Der Vergleich mit der von nur 10 % der Bevölkerung besuchten Oper liegt daneben: Es wäre geradezu verrückt, den die Oper meidenden Menschen als Ersatz eine Subvention zukommen zu lassen. So schön derartige kulturelle Veranstaltungen auch sind: Das Kindeswohl mit Förderung der Mutterbindung befindet sich in einer ganz anderen Dimension! Der Jurist denkt im Sinne von Artikel 6 des Grundgesetzes an das Prinzip „in dubio pro familia“. Krippen haben sich, so in der Ex-DDR, nicht nachweislich bewährt, die mütterliche Betreuung hingegen über Tausende von Jahren. Man tut den Journalisten nicht Unrecht, wenn man sie in Bezug auf Familienfragen als weitgehend inkompetent einstuft, denn ihnen fehlt es an persönlichen Erfahrungen, da sie im Vergleich zur ohnehin geringen Kinderzahl von ca. 1,4 pro Frau nur über ca. ein Viertel davon verfügen (0,3 %).

Ein extrem negatives Beispiel der Publikationsorgane bietet der Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (sh:z) Helge Matthiesen. In zwei Artikeln zur „Debatte über das Betreuungsgeld“ bekennt er sich, als ob er die Abhängigkeit seiner Zeitung von dem linken Spektrum unterstreichen will, weitgehend zur Verhöhnung der Krippenkritiker oder emotionale Untermauerung der Krippenideologie. In dem Artikel „Streit der Ideologen“ vom 12.06.2012 behauptet er, die Bundesregierung habe „das sachliche Argument“ gegen das Betreuungsgeld beiseite gewischt. Typisch ist bei solchen Journalisten, dass sie dem Leser nicht einmal ihre vermeintlichen Gründe offenbaren. Die Unterstellung, die politisch Verantwortlichen verweigerten die Debatte in dem Streit, ist in der Tat unredlich – wie sich aus den oben erwähnten Äußerungen etwa der Bundesfamilienministerin oder Bayerischen Sozialministerin ergibt. Es ist dann die Rede von der „Armut in den Argumenten“, allerdings ohne diese wenigstens ansatzweise zu belegen. Dann kommt der Höhepunkt: „Normalerweise gibt es Geld vom Staat, wenn damit etwas erreicht werden soll, wenn die Menschen ihr Verhalten ändern sollen“. Ein Chefredakteur müsste sich den Sinn und Zweck vorstellen können, wenn er sich Folgendes vor Augen hält: die große Debatte über Demografie, die zunehmende Diskussion über Abtreibung oder das Scheitern des Elterngeldes. Dass durch das gewiss nur symbolische Betreuungsgeld die Mutterstellung aufgewertet werden soll, ist Matthiesen entgangen. Ähnlich steht es um den Artikel der sh:z vom 27.09.2012. Chefredakteur Matthiesen legt dort los und bezeichnet die Gesetzesvorhaben zum Betreuungsgeld als „vermurkst“. Um von seiner alternativlosen Krippenideologie abzulenken, bezeichnet er dann z. B. die CSU als „schamlos“, wobei die CDU dabei schlecht aussehe. Er meint, die Angelegenheit hätte sich „vollkommen verselbständigt“ und behauptet, niemand stelle mehr die Fragen nach dem Sinn und dem Nutzen. Es wirft ein sehr schlechtes Licht auf eine Landeszeitung, die als Mantel von 15 Regionalzeitungen in ganz Schleswig-Holstein gelesen wird, wenn sich ein Chefredakteur zum Chefpropagandisten einer höchst umstrittenen und wissenschaftlich schon längst widerlegten Theorie herablässt. Man wird erinnert an die Aussage eines Psychologieprofessors im Land zwischen den Meeren: „Dummheit ist bewusster Wissensverzicht“.

Bestimmten Medien ist das Wohl der Kinder offensichtlich gleichgültig. Es ist höchst bedauerlich, dass sich die Journalisten gerade in den dominanten Publikationsorganen so intensiv dem Zeitgeist angleichen, dass sie ihre ursprüngliche Aufgabe, „gegen den Stachel zu löcken“, vergessen. Sie hätten eine wunderbare Berufung, nämlich etwas gegen die Schrumpfung Europas zu unternehmen. Man kann das demografische Problem durch Einwanderung möglicherweise lösen, die Integrationserfolge sind aber nicht gerade hervorragend. Wie wäre es mit einer Unterstützung von Pionierleistungen zugunsten von Familien, wie es etwa in Sachsen-Anhalt mit dem zinslosen Darlehen für frisch verheiratete Paare in Höhe von 5.000 € geschieht. Das Betreuungsgeld wirkt geradezu mickrig und hat eher symbolischen Charakter; es gibt vorbildliche Staaten, in denen gerade kinderreichen Familien zumindest für die Erziehungsphase mittels erheblich höheren zinslosen Darlehens ein geräumiges Haus zur Verfügung gestellt wird.

11. Kapitalismus statt Familie

Das Kindeswohl spielt bei dieser Diskussion kaum eine Rolle, es geht weitgehend um die Umsetzung kapitalistischen Gedankenguts. Der materielle Reichtum soll zunehmen, die Kindesmutter soll zumindest mitverdienen. Deshalb sind auch die Großfirmen durchaus für die Einrichtung von Krippenplätzen. Unser Grundgesetz geht aber von anderen Maßstäben aus: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ (Artikel 6 Abs. 2). Das entspricht der zumindest in Europa noch offiziell anerkannten christlich-abendländischen Tradition. Die Politik und Gesellschaft weitgehend prägen-

den Journalisten sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in ganz überdurchschnittlich hoher Zahl aus den Kirchen ausgetreten und bestimmen das familienfeindliche Bild, das letztlich auch auf die Politiker übergreift. Nicht übersehen wird dabei, dass die Kita für Kleinkinder als Notbehelf ein Existenzrecht hat.

Dass Kinder „eine Gabe Gottes“ sind, wie es in der Bibel heißt, ist heute allenfalls noch für Satire gut, auch wenn die Präambel unserer Verfassung von der „Verantwortung vor Gott“ spricht und gerade die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten nach dem Staatsvertrag verpflichtet sind, zugunsten christlichen Gedankenguts einen Schwerpunkt zu bilden (§ 11). Dass die Medienvertreter selbst pro Paar nur ca. über ein Viertel der ohnehin geringen Kinderzahl verfügen, spricht für sich; man könnte ihnen direkt die Kompetenz zu Familienfragen abprechen. In jedem Fall tragen sie nicht unerheblich zu dem immer wieder festgestellten historischen Tiefstand der Geburtenzahlen bei. Der Medienwissenschaftler Prof. Norbert Bolz spottet deshalb auch ein wenig (Fokus 27/12): „Kindererziehung hat heute einen ähnlichen Status wie sog. niedrige Hausarbeit – man überlässt sie am liebsten jemand anderem. Eine Frau, die arbeitet, ist unserer Gesellschaft heute mehr wert als eine Hausfrau und Mutter. ... Als hätte die DDR einen späten Sieg errungen, predigen die meisten Politiker heute die Verstaatlichung der Kinder“. Die christlich orientierte Jugendpsychologin Christa Meves ist direkt zornig und fragt: „Läuft ein gesellschaftliches Vernichtungsprogramm gegen die Familie?“, wie „idea-Spektrum“ berichtet (24/2012). Insofern besteht in der Tat kein Anlass zur Häme der Krippenideologen, erst recht nicht zur Erzeugung von Hass gegenüber den Andersdenkenden. Sie erwecken den Eindruck, dass sie im Hinblick auf ihre Argumentationslosigkeit ein Surrogat benötigen.

12. Egoismus vor Kindeswohl

Man kann letztlich auf tiefeschürfende Erkenntnisse von Wissenschaft und Juristerei verzichten, es drängt sich für jeden Mitmenschen der Gedanke auf, dass es gerade die Mütter und Väter sind, welche ihre Erfahrungen den Kindern vom Säuglingsalter an weitergeben. Von großer Bedeutung ist die Individualität des Menschen, der so auf vorbildliche Art geprägt wird. Die Alternative ist die Schaffung von Rudeln, in welchen die Einzelnen ihre Selbständigkeit verlieren. Kinder haben genügend Möglichkeit, ab dem vierten Lebensjahr in den konventionellen Kindergärten auch ihre Kontaktfähigkeit mit Gleichaltrigen einzuüben. In den ersten Lebensjahren haben die Kleinkinder nach wissenschaftlichen Untersuchungen daran ohnehin nur ein begrenztes Interesse. Der Gefahr der Verdummung zuhause müsste – falls sie denn überhaupt besteht – mit anderen Mitteln begegnet werden; es handelt sich um eine Schutzbehauptung oberflächlicher Kritiker. Diese haben auch nicht gemerkt, dass in Schweden und Großbritannien die Krippen-Begeisterung bereits rückläufig ist.

Dabei wird nicht verkannt, dass die Einrichtung von Krippen gerade gebildete Frauen, die ihren Beruf lieben, zur Familienbildung ermutigt. Das lässt sich aber nicht verallgemeinern. Geradezu ein Erdbeben unter den Feministen ausgelöst hat ein Artikel der amerikanischen Politik-Professorin Anne-Marie Slaughter „Why women still can't have it all“ in der Zeitschrift „Atlantic“. Sie rechnet darin mit „Halbwahrheiten“ und „Lügen“ zur Vereinbarkeit von Karriere und Familie ab. Gegenüber dem „Spiegel“ bekennt sie, dass ihre „feministischen Überzeugungen ins Rutschen gekommen“ seien. Auf ihre Meinungsäußerungen erhielt sie zu 95 % die Antwort: „Danke, dass Sie endlich ausgesprochen haben, wie normal es ist, sich um seine Familie kümmern zu wollen. Ausgerechnet Sie, die Karrierefrau!“. Immerhin hatte sie es als erste Frau geschafft, Chef des Planungsstabs des US-Außenministeriums zu werden. Sie hat diesen

Beruf aufgegeben und fordert, dass die Tatsache, dass man Kinder hat, genau so anerkannt werde wie berufliche Auszeichnungen (27/2012).

13. Natürliche fortschrittliche Jugend

Auffällig ist, dass gerade junge Menschen nach demoskopischen Umfragen überdurchschnittlich oft für das Betreuungsgeld plädieren. Sie haben Vorbilder wie den Rapper Bushido, welcher engagiert seine Mutter verteidigt. Sie erkennen, dass Mütter auch zu ihnen stehen, selbst wenn sie sich im Gefängnis aufhalten! Die Jugendlichen empfinden, dass die institutionelle Betreuung verlässliche, bindende Familie nicht zu ersetzen vermag. Die „Gruppen-Fremdbetreuung“, so ahnen sie es, ist nicht geeignet, das zu verarbeiten und zu verkraften, was sie heute so gern bekennen: „Ich habe Stress gehabt“. Da gesunde junge Menschen auch nicht so streng differenzieren zwischen rechts und links, sind sie insofern durchaus konservativ, verstehen sich allerdings auch auf linke Gedanken, wenn sie die Großkonzerne als Kapitalisten anprangern, welche letztlich über die Kinderkrippen nur ihre Mütter wirtschaftlich ausbeuten wollen.

Sie empfinden richtig, wenn sie Sorge haben, dass über die Kitas letztlich ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird, was dem Postulat der Nachhaltigkeit entgegenwirkt. Folglich nimmt es auch nicht wunder, dass z. B. der Bundesvorsitzende der Jungen Union Philipp Missfelder und seine Stellvertreterin Dorothee Bär sich mit ihnen solidarisch erklären: „Kinder brauchen gerade in ihrer ersten Lebensphase feste Bezugspersonen und liebevolle Zuwendung, damit sie ihre Talente entfalten können“. Die junge Generation spürt etwas von den gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Krippenerziehung, dazu von den gewaltig erhöhten Kosten für Krippenplätze (sollen Kinder auf Schuldenbergen spielen?), ferner von den hohen Schadensersatzansprüchen zugunsten von Eltern, welche ihre Kinder in privaten Einrichtungen unterbringen, sowie der erschreckend zunehmenden Anzahl von unqualifizierten Leih-Betreuerinnen in Kitas.

Man könnte direkt denken, die Jugend bewegt Folgendes: Die mächtigen Krippenideologen werden, wie es der Natur entspricht, in absehbarer Zeit nicht mehr leben, die Nachfahren müssen die erwähnten negativen Folgewirkungen ausgleichen; sie sind die wahrhaft Leidenden durch den Kita-Fanatismus. Sie müssen Kräfte sammeln nach dem drohenden Untergang christlich-abendländischen Denkens in Europa und sich mit einer kraftvollen Religion auseinandersetzen, in welcher der Glaube noch mehr in Gesellschaft und Politik hineinragt. Sie haben etwas Natürliches an sich. Der Verfasser hat es geradezu genossen, wenn er als Vater den Kinderwagen schob und weibliche Teenager herantraten, um mit verklärtem Gesicht hineinzuschauen – ein wunderbares Beispiel für sich entwickelndes natürliches Mutterbewusstsein.

14. Scheitern familienfeindlicher Ideologen

Da die feministisch orientierten Krippenbefürworter keine echten Argumente für ihre Ideen vorweisen können, zumal sich Krippen keinesfalls bewährt haben (siehe DDR), Mütter hingegen über viele Jahrtausende, besteht keine Alternative zur eindeutigen Bevorzugung der Kindererziehung zuhause. Natürlich gibt es immer wieder Ideen, um die Probleme zu lösen, aber nicht erfolgreich. So bringen die teuren Umschulungen von Arbeitslosen zu Erziehern keinen wirklichen Erfolg (Der Spiegel, 29/2012). Der propagandistisch klingende Slogan „Die Wirtschaft braucht Frauen“ wirkt im Hinblick auf all die arbeitslosen Männer als Verstoß gegen den Gleichheitssatz. Auch die Bemühungen, mittels teurer Werbekampagnen mehr Männer in den Beruf des Erziehers zu locken, scheitern weitgehend (Der Spiegel, 36/2012).

Eine wirkliche Alternative wäre ein Erziehungsgehalt für die daheim bleibenden Mütter oder Väter. Denkbar wäre allenfalls die Einbeziehung einer qualifizierten Tagesmutter als weitere ständige Bezugsperson, weil es sich – wie etwa beim Großvater oder der Großmutter – um eine dem Kleinkind vertraute Person handelt. Man kann nun nicht ehrlich behaupten, dass die Krippe bei den Frauen die Lust, Kinder zu bekommen, stärkt – man denke nur an den großzügig an Kitas ausgestatteten deutschen Osten; für die unlösbar erscheinenden Probleme wie die alternde Gesellschaft ist es wirklich keine Lösung. In der Tat lässt sich der ideologische Charakter in den Erwägungen der Krippenbefürworter nicht leugnen. Wenn der Hamburger SPD-Bürgermeister Olav Scholz die Absicht bekundet hat, „die Lufthöhe über die Kinderbetten“ zu erlangen, dann spricht das für sich. Dass bereits die sozialistischen Väter Marx und Engels in ähnlicher Weise gedacht haben, darf eigentlich heute nicht laut gesagt werden, weil damit der ideologische Charakter allzu deutlich hervortritt.

Aber die Wahrheit darf in unserer freien Gesellschaft nicht unterdrückt werden und wird durch unsere Verfassung, insbesondere durch die Präambel („Verantwortung vor Gott“), Artikel 1 („Würde des Menschen“), oder Artikel 5 Absatz 3 („Wissenschaft, Forschung“) postuliert: In Absatz 3 wird die Freiheit von Wissenschaft und Forschung besonders hervorgehoben, deren Ergebnisse hier in unredlicher Weise unterdrückt worden sind. Die durch mehr als 100 Bücher deutschlandweit bekannte Kinderpsychotherapeutin Christa Meves schreibt in ihrem Blatt „Aktuell“ zum Wissenschaftsstandard über Krippen-Installationen: „Die Beeinträchtigungen werden, wie Langzeitstudien erwiesen haben, umso eher chronisch, je länger, je früher und je kontinuierlicher Kinder in den ersten drei Lebensjahren kollektiviert wurden... Krippenschicksal mindert in einer unverantwortlichen Weise die zureichenden Bedingungen für einen gesunden Lebensaufbau“. Der Sprecher des Forums Deutscher Katholiken, pensionierter Hochschullehrer der Betriebswirtschaft, Hubert Gindert, befürwortet das Betreuungsgeld in der Netz-Zeitung „Die Freie Welt“: Die Kinder bräuchten „das lebenswichtige Urvertrauen“ sowie die Gesellschaft eine „psychisch und physisch belastbare nächste Generation“; er ermutigte die Bürger, „der Ideologie der Kollektiverziehung in Kitas im Interesse unserer Kinder zu widerstehen“.

Es ergibt sich also nachstehendes Fazit:

- a) Es muss Aufklärung darüber erfolgen, dass die Befürwortung von Krippen weitgehend ideologischen Ursprungs ist und wirtschaftlichen Interessen dient.
- b) Der faktische Zwang zur Krippe für unter 3-Jährige verstößt gegen das natürliche Elternrecht in unserer Verfassung und ist im Hinblick auf den wissenschaftlichen Stand unredlich und gesundheitsschädlich.
- c) Beim Sieg der Ideologie sollte wenigstens eine echte Kompensation durch ein Betreuungsgeld zugunsten von Eltern erfolgen, die zum Wohl der Kinder die Pflege zuhause vornehmen.
- d) Die Kritiker der Kleinkind-Institutionen sollten Mut haben, sich wegen der partiellen Inkompetenz der Medien mit diesen anzulegen.
- e) Die Regierungsverantwortlichen sollen sich vornehmlich am Kindeswohl und nicht am Egoismus Einzelner oder bestimmter Interessensgruppen orientieren.
- f) Die Eliten sollten durchaus von der natürlicher denkenden jungen Generation lernen und deren Familienfreundlichkeit fördern.
- g) Es widerspricht dem Wohl der Kinder, damit der gesamten Gesellschaft, wenn Jahrtausende lang Bewährtes unter Verkehrung der Beweislast verändert wird.

Der Verfasser will die Mutigen, die sich gegen den Mainstream wenden, weiter ermuntern, sich treu zu bleiben und das ganz Natürliche über das Zeitgeistige – mag es auch vordergründig plausibel erscheinen – zu stellen. Allein die Hektik, die Massen von Krippenplätzen zu errichten, müsste dem Nachdenklichen deutlich vor Augen führen, dass hier etwas ohne vorherige öffentliche Diskussion installiert wird. Es wurde ein Gesetz voreilig geschaffen, erst danach – also viel zu spät – sind Debatten erlaubt. Deshalb ist dem Bundestag zu empfehlen, das Kita-Gesetz wieder abzuschaffen, um in der Gesellschaft das Pro und Contra in würdiger und demokratischer Weise abzuwägen.

Christian Hausen
Rechtsanwalt
Neumünster, 18.10.2012